

Informationsverarbeitungsblatt
Herbert Pfeiffer Personalmanagement
DSGVO Art. 12 – Art. 15



Der Schutz Ihrer personenbezogenen Daten liegt uns am Herzen. An dieser Stelle möchten wir Sie daher über den Datenschutz in unserem Unternehmen informieren.

Herbert Pfeiffer Personalmanagement (-nachstehend **Verantwortlicher** genannt-) erhebt, verarbeitet und speichert die personenbezogenen Daten von Bewerbern/innen zum Zwecke der Abwicklung des Bewerbungsverfahrens. Die Verarbeitung und Speicherung erfolgt auf elektronischem Wege, im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften. Eine Weitergabe der -nur notwendigen- personenbezogenen Daten an Dritte erfolgt im Auswahlverfahren an die mit dem Verantwortlichen in Vertragsbeziehung befindlichen Entleihunternehmen (-nachstehend **Kunden** genannt-) im Rahmen der Arbeitnehmerüberlassung.

Schließt der für die Verarbeitung Verantwortliche einen Anstellungsvertrag mit einem/r Bewerber/in, werden die übermittelten Daten zum Zwecke der Abwicklung des Beschäftigungsverhältnisses unter Beachtung der gesetzlichen Vorschriften gespeichert. Eine Weitergabe der personenbezogenen Daten an Dritte erfolgt nur, sofern dies zur Erbringung der Dienstleistung oder zur Vertragsdurchführung (z. B. Kunden (Arbeitnehmerüberlassung), Abrechnung, Finanzbuchhaltung) notwendig ist. Auch die Übermittlung an auskunftsberechtigte staatliche Institutionen und Behörden erfolgt nur im Rahmen der gesetzlichen Auskunftspflichten oder wenn der Verantwortliche durch eine gerichtliche Entscheidung zur Auskunft verpflichtet wird.

Wird von dem für die Verarbeitung Verantwortlichen kein Anstellungsvertrag mit dem/der Bewerber/in geschlossen, so werden die Bewerbungsunterlagen sechs Monate nach Bekanntgabe der Absageentscheidung automatisch gelöscht, sofern einer Löschung keine sonstigen berechtigten Interessen des für die Verarbeitung Verantwortlichen entgegenstehen. Sonstiges berechtigtes Interesse in diesem Sinne ist beispielsweise eine Beweispflicht in einem Verfahren nach dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG).

Die Mitarbeiter/innen, beauftragte Dienstleistungsunternehmen und Kunden sind von Herbert Pfeiffer Personalmanagement zur Verschwiegenheit und zur Einhaltung der datenschutzrechtlichen Bestimmungen verpflichtet worden. Eine Übermittlung personenbezogener Daten an ein Drittland oder eine internationale Organisation ist nicht beabsichtigt.

Weitere Informationen erhalten Sie jederzeit gerne von unserer Frau Kathrin Hüftlein und deren Vertreter Herrn Herbert Pfeiffer Tel.: 0981/977850-45 & info@herbert-pfeiffer.de, unter <https://www.herbert-pfeiffer.de/datenschutz/>, dem öffentlich zugänglichen Datenschutzkonzept in unserer Niederlassung Maximilianstr. 26, 91522 Ansbach und unserem Datenschutzbeauftragten ADWUS Rechtsanwälte Herrn Benjamin Schmitt (erreichbar über Herbert Pfeiffer Personalmanagement).

Eine Bereitstellung personenbezogener Daten an Dritte (Kunden – Arbeitnehmerüberlassung, Auswahlverfahren / Dienstleistungsunternehmen – Lohnbuchhaltung, Abrechnung, Finanzbuchhaltung, Arbeitsschutz) ist für die Durchführung aller Dienstleistungen und einer Beschäftigung beim Verantwortlichen **unabdingbar**.

Wir verweisen auf § 26 BDSG neu, AÜG.

Informationsverarbeitungsblatt

Herbert Pfeiffer Personalmanagement

DSGVO Art. 12 – Art. 15



Art. 7 Datenschutz-Grundverordnung - Recht auf Widerruf einer Einwilligung

Sofern keiner der gesetzlich definierten Fälle einer entbehrlichen Einwilligung gegeben ist (Art. 6 Datenschutz-Grundverordnung), ist die Einwilligung damit das „Maß der Rechtmäßigkeit“ einer Datenverarbeitung. Die Verarbeitung ist nur rechtmäßig, wenn die betroffene Person ihre Einwilligung zu der Verarbeitung der sie betreffenden personenbezogenen Daten für einen oder mehrere bestimmte Zwecke gegeben hat. Eine Einwilligung im Sinne der Datenschutz-Grundverordnung ist jede freiwillig für den bestimmten Fall, in informierter Weise und unmissverständlich abgegebene Willenserklärung in Form einer Erklärung oder einer sonstigen eindeutigen bestätigenden Handlung, mit der die betroffene Person zu verstehen gibt, dass sie mit der Verarbeitung der sie betreffenden personenbezogenen Daten einverstanden ist. Die betroffene Person hat das Recht, ihre Einwilligung jederzeit zu widerrufen. Durch den Widerruf der Einwilligung wird die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Verarbeitung nicht berührt.

Art. 15 Datenschutz-Grundverordnung - Recht auf Auskunft

Die betroffene Person kann von dem Verantwortlichen eine Bestätigung darüber verlangen, ob betreffende personenbezogene Daten verarbeitet werden. Zudem kann die betroffene Person ganz konkret Auskunft darüber verlangen, welche personenbezogenen Daten vom Verantwortlichen verarbeitet werden (z. B. Name, Vorname, Anschrift, Geburtsdatum, Beruf).

Die Erteilung der Auskunft geschieht unentgeltlich und innerhalb eines Monats. Die Auskunftserteilung an die betroffene Person darf nach Art. 15 Abs. 4 Datenschutz-Grundverordnung die Rechte des Verantwortlichen oder anderer Personen nicht beeinträchtigen, was bei Geschäftsgeheimnissen oder bei Daten mit Bezug auch auf andere Personen der Fall sein kann.

Art. 17 Datenschutz-Grundverordnung - Recht auf Löschung

Personenbezogene Daten sind auf Verlangen der betroffenen Person und/oder unter bestimmten Voraussetzungen ohne Verlangen der betroffenen Person eigenständig durch den Verantwortlichen unverzüglich zu löschen.

Voraussetzungen:



- Notwendigkeit der Verarbeitung zur Zweckerreichung ist entfallen
- betroffene Person hat ihre Einwilligung widerrufen und es besteht auch keine sonstige Rechtsgrundlage
- betroffene Person legt gem. Art. 21 Abs. 1 oder 2 Datenschutz-Grundverordnung Widerspruch gegen die Verarbeitung ein
- personenbezogene Daten wurden unrechtmäßig verarbeitet
- Löschung ist zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung nach dem Unionsrecht oder dem Recht der Mitgliedstaaten erforderlich, dem der Verantwortliche unterliegt

Die Pflicht zur Löschung nach Art. 17 Abs. 1 Datenschutz-Grundverordnung und die Pflicht zur Information weiterer Verantwortlicher nach Art. 17 Abs. 2 Datenschutz-Grundverordnung entfallen, wenn gemäß Art. 17 Abs. 3 Datenschutz-Grundverordnung die Verarbeitung erforderlich ist.

Art. 18 Datenschutz-Grundverordnung - Recht auf Einschränkung der Verarbeitung

Entsprechend der Regelung des § 35 BDSG-neu ist im Fall nicht automatisierter Datenverarbeitung und unter den weiteren dort genannten Voraussetzungen statt des Lösungsanspruchs der betroffenen Person ein Anspruch auf Einschränkung der Verarbeitung gemäß Art. 18 Datenschutz-Grundverordnung gegeben.

Voraussetzungen:



- Richtigkeit der personenbezogenen Daten wird von der betroffenen Person bestritten und zwar für eine Dauer, die es dem Verantwortlichen ermöglicht, die Richtigkeit der personenbezogenen Daten zu überprüfen
- Verarbeitung ist unrechtmäßig und die betroffene Person lehnt Löschung der personenbezogenen Daten ab und verlangt stattdessen die Einschränkung der Nutzung der personenbezogenen Daten
- personenbezogene Daten werden für die Zwecke der Verarbeitung nicht länger benötigt, die betroffene Person benötigt sie jedoch zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen
- betroffene Person legt Widerspruch gegen die Verarbeitung gemäß Artikel 21 Abs. 1 Datenschutz-Grundverordnung ein, solange noch nicht feststeht, ob die berechtigten Gründe des Verantwortlichen gegenüber denen der betroffenen Person überwiegen

Art. 21 Datenschutz-Grundverordnung – Recht auf Widerspruch

Die betroffene Person hat das Recht, aus Gründen, die sich aus ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit gegen die Verarbeitung der sie betreffenden personenbezogener Daten, die aufgrund von Artikel 6 Abs. 1 lit. e oder f Datenschutz-Grundverordnung erfolgt, Widerspruch einzulegen. Der Verantwortliche muss dann aufhören, die personenbezogenen Daten zu verarbeiten. Eine Ausnahme besteht beim Nachweis zwingender schutzwürdiger Gründe für die Verarbeitung, z. B. wenn diese der Geltendmachung von Rechtsansprüchen dient.

Art. 77 Datenschutz-Grundverordnung – Recht auf Beschwerde

Jede betroffene Person hat unbeschadet eines anderweitigen verwaltungsrechtlichen oder gerichtlichen Rechtsbehelfs das

Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde, insbesondere in dem Mitgliedstaat ihres Aufenthaltsorts, ihres Arbeitsplatzes oder des Orts des mutmaßlichen Verstoßes, wenn die betroffene Person der Ansicht ist, dass die Verarbeitung der sie betreffenden personenbezogenen Daten gegen diese Verordnung verstößt.